

# Saechsische Nachrichten

Gegründet 1856

Rechtschreib: Nachrichten Dresden  
Sensibescher-Sammelnummer: 22841  
Rat für Nachfrageprüfung: Nr. 20011  
Gedruckt u. ausgesetzt: Dresden-L. 1. Marienstraße 28/43

Besitzgebiets vom 18. Mai 1929 bei Leipzig zweitlängste Zeitung bei Preis 1.70 RM.  
Besitzgebiets für Monat September 2.40 RM. einschl. 24 Pg. Vollgeblätter ohne Verleihungsberechtigung.  
Sammelnummer 10 Pg. außerhalb Dresden 15 Pg. Ausgabenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Sammelberechtigung: die einzelpreis 10 mm breite Seite 35 Pg., für aufwärts 60 Pg. Sammel-  
anzeige und Seitenanzeige ohne Rand 15 Pg., außerhalb 20 Pg., die 30 mm breite Reklameseite  
200 Pg., außerhalb 250 Pg. Offizienzzeitung 20 Pg. Zuständige Aufsicht gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Sächsische Nachrichten,  
Dresden, Postfach 810, 1068 Dresden  
Rohbau nur mit deutscher Auslieferungsabschrift (Dresden, Sachsen) gültig. Unverlangte  
Schreibschriften werden nicht aufbewahrt

## Kriegsverhütungspläne des Völkerbundes

### Die deutschen Vorschläge angenommen

Genf, 18. Sept. Bei Behandlung des französischen Antrags zur Regelung der Luftverkehrswege im Dienste des Völkerbundes in Krisengesprächen brachte Graf Bernstorff einen Vorschlag ein, der den Völkerbundsrat auffordert, alle juristischen und politischen Hintergründe dieser Frage zu prüfen und der nächsten Vollversammlung einen Bericht darüber vorzulegen. Graf Bernstorff ergänzte diesen Vorschlag mündlich durch den Hinweis, daß diese Frage zu wichtig sei, als daß man ohne gründliche Vorstudie Entscheidungen treffen könne. Es wurde ein Dreierkomitee eingesetzt, das aus Graf Bernstorff (Deutschland), Massigli (Frankreich) und Gato (Japan) besteht.

Anschließend an diese Diskussion wurde über einen Antrag Lord Cecils beraten, der die nochmalige Durchberatung des auf deutsche Anregung zurückgehenden Kriegsverhütungspaktes

durch das Sicherheitskomitee vorsieht. Dieser Pakt enthält verschiedene Maßnahmen für Krisenzeiten, sowie eine Erweiterung der Kompetenz des Rates in solchen Konflikten. Lord Cecil kündigte mit seinem Antrag an, in der dieser erklärt hatte, der deutsche Vorschlag müsse in der Weise angenommen werden, daß er für alle Staaten annehmbar sei. Lord Cecils Antrag geht jetzt dahin, daß der Kriegsverhütungspakt in einen Generalpakt umgestaltet wird, dem alle Staaten beitreten hätten. Nachdem Graf Bernstorff mit wenigen Worten dem Cecillschen Antrag zugestimmt hatte, wurde ohne nennenswerte Aenderungen, die sich durch eine längere Diskussion ergaben, der Cecillsche Antrag angenommen.

### Vorläufig noch keine Seeabfertigungskonferenz

London, 18. Sept. Wie Neuter erfährt, ist über die Abhandlung von Einladungen an die Regierungen von Frankreich, Italien und Japan zwecks Teilnahme an einer Flutwandskonferenz über die Seeabfertigung eine Entscheidung noch nicht gefallen. Es scheint nicht, daß ein Schritt in dieser Richtung

### Der Weg des Weltwirtschaftsfriedens

#### Bekämpfung der Etappen in Genf

Genf, 18. Sept. Die Aussprache über die Wirtschaftsprobleme wurde heute nachmittag im zweiten Versammlungsausschuß abgeschlossen und der von Dr. Breitscheid vorgelegte Berichtsentwurf samt den sehr umfangreichen Entschließungsanträgen genehmigt. Oftens bleibt nur noch der Entschließungsantrag über die Herstellung eines zwei- bis dreijährigen Zollwaffenstillstandes, und die Geschäftspunkte, die für die Organierung einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Kollektivabkommen maßgebend sein sollen. Die Organierung des Wirtschaftsfriedens kann in folgenden drei Etappen mit Aussicht auf praktische Ergebnisse verlucht werden: 1. Aufruf der sämtlichen Staaten, bis Ende d. J. dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Erklärung abzugeben, ob sie bereit sind, an der Konferenz für den Zollwaffenstillstand teilzunehmen unter möglichst gleichzeitiger Mitteilung ihrer etwaigen Vorbehalte; 2. Verhandlungen, die sich über eine ziemlich lange Zeit erstrecken dürften, zwischen den Staaten, die an dem Zollwaffenstillstand teilnehmen, und 3. Schluskonferenz nach zwei bis drei Jahren zur Taktikierung der erzielten Verhandlungsergebnisse, zu der alle Staaten ohne Ausnahme eingeladen werden sollen, damit ihnen die Möglichkeit zur Teilnahme an daraus hervorgehenden internationalen Abmachungen geboten wird.

### England unterzeichnet die Schiedsgerichtsflankel

Genf, 18. Sept. England und die Dominions werden Donnerstag nachmittag die Notifikationsflankel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Saar im Völkerbundshaus unterschreiben. Wie verlautet, wird die Unterzeichnung mit einer vereinbarten Vorberatungserklärung erfolgen.

Briand auf Urlaub. Ministerpräsident Briand ist, wie aus St. Brieuc (Bretagne) gemeldet wird, dort in Begleitung seines Kabinettschefs eingetroffen, um auf einer in der Nähe gelegenen Insel sich einige Wochen zu erholen.

### Anläufe zum Republikschutzgesetz

Die Bombenattentate beginnen, erste „Fräulein“ anzuschlagen. Sie können niemandem willommener sein als allen denen, die Deutschland erneut mit einem Republikschutzgesetz beglücken möchten; eine Art von Verfolgungspsychose geht um bei manchen Regierungsstellen, und man glaubt sich und die Republik schützen zu müssen vor diesen unverantwortlichen Törheiten extrem-radikaler Elemente, die man auf der linken Seite gar zu gern — soweit das nicht allzu absurd ist — identifizieren möchte mit der nationalen Bewegung. Wie vielen bereits an dieser Stelle deutlich genug darauf hin, daß zwischen diesen Fanatikern und den echten Patrioten nichts, aber auch gar nichts Gemeinsames besteht, und daß man im Interesse der nationalen Sache nur wünschen kann, daß diese Gewalttäte rechts aufgelöst werden, damit böswillige politische Dunkelmänner nicht weiter im trüben füßen können und auch nur den Schein eines Rechts für sich haben, wenn es gilt, die nationale Bewegung als solche zu hemmen und zu schikanieren. Das wir in eine Zeit der Keizerlichkeit und -verfolgungen hineinzutreiben drohen, das verraten einige Sturmzeichen, die an sich vielleicht noch nicht allzu tragisch zu nehmen sind, die aber doch schon aufscheinen lassen sollten.

Dann z. B. gestern amtlich kundgetan wird, daß die Regierung nicht länger den Zustand verantworten könne, daß „von Behörden für amtliche Bekanntmachungen &c. noch immer Zeitungen benutzt werden, die die Regierung in unsachlicher und gehässiger Weise bekämpfen“, daß daher aus Gründen der Staatsautorität mit der Nebung gebrochen werden müsse, auch solchen Zeitungen amtliche Anzeigen- und Druckbeiträge zu erstellen, die sich nicht scheuen usw. usw., dann könnte man das zunächst verständlich finden, denn man kann es ja auch im Privatleben niemandem verdenken, wenn er seine Austräge nur denen gibt, die honest mit ihm umgehen. Aber wenn man bedenkt, daß mit dieser Verordnung der Reichs- und der preußischen Regierung den ausführenden Instanzen eine Waffe, eine wirtschaftliche Waffe in die Hand gegeben wird, dann befürchtet und weiß man auch, daß diese wie jede Waffe mißbraucht werden kann; und es ist eine Frage der praktischen Ausführung jener Verordnung, ob man die richtige Grenze findet zwischen sachlicher und unsachlicher Bekämpfung. In der Politik ist nun einmal — leider! — die Sache nicht immer ganz von der Person zu trennen, und auch da, wo man in der Person lediglich die Idee treffen wollte, wird der Betroffene selbst lediglich sich persönlich gekränkt und herabgesetzt fühlen — wenn er sich nicht schon im Laufe der Jahre ein arg dicker Fell angelasst hat. Der ersten oder gekünftigen Ueberempfindlichkeit wäre also durch diese Verordnung ein weiter Spielraum gegeben und — sprechen wir das offen aus: in der Praxis würde sie sich gegen die nationale Presse wenden.

Man kann verstehen, daß ein Staat „aus Gründen der Staatsautorität“ es ablehnt, mit illoyalen und umstürzlerischen Verbänden und Organen in eine irgendwie geartete Geschäftsverbindung einzutreten, aber jeder Staatsbürger hat das Recht, in seiner Presse die staatlichen Bekanntmachungen zu finden, und so wird man verlangen dürfen, daß alle Zeitungen, sofern sie eine staatsbejahende Partei vertreten oder ihr nahestehen, in dieser Beziehung partitisch behandelt werden. So wie es immer gute Gesplogenheit der deutschen Presse gewesen ist, den redaktionellen Teil streng von dem geschäftlichen zu trennen und diejenen seinerlei Einfluß auf jenen nehmen zu lassen, so sollten auch die Behörden als AuftraggeberInnen nicht versuchen, hier einen mehr oder weniger leichten Druck auf die redaktionell-politische Gestaltung des Blattes auszuüben, sonst dürfen sie sich nicht wundern, wenn z. B., wie es jetzt geschehen ist, von einem Berliner nationalen Blatt die fragliche Verordnung über schrieben wurde: „Der Schlag auf den Magen.“

Der Verdacht, daß man hier eine wirtschaftliche Rötigung ausüben möchte, wird verstärkt durch die erst ganz lärmlich erfolgte Pressekampagne des „Berliner Tageblatts“ gegen ein Reihe von pommerschen Kreisblättern, die „von sämtlichen Behörden dauernd und reichlich mit Druckausträgen versorgt würden“, aber dennoch den „neuen Staat“ bekämpften. Eins dieser kleinen Blätter, die keineswegs eine „umstürzlerische“ Politik treiben, sondern lediglich Kritik auf dem Boden der Deutschnationalen Volkspartei üben, die „Schwarze Zeitung“, antwortete auf diese in leicht erkennbarer Absicht ausgezogene Presse mit vollem Recht: „Doch ein sich Weltblatt nennendes Organ nichts anderes weiß, als gegen einen viel schwächeren Gegner unter Verzicht auf jede geistig-sachliche Auseinandersetzung skrupellos zu wirtschaftlichem Boykott aufzurufen, daß es also den journalistisch-geistigen Kampf mit journalistisch-geistlosen Waffen zu führen beliebt, ist bezeichnend für die heute einigermaßen politische Verwilderation.“ Und für uns ist diese vorangegangene Pressekampagne ein Zeichen, woher der Wind weht, und daß man sehr auf der Hut sein muß, um nicht vom Sturm überrascht zu werden.

Zugleich mit der neuen Verordnung der Herren Severyn und Grzesinski kam eine andere Kunde, die aber in die gleichen Kerbe schlägt. Wie wir bereits

## Geheimnisvolle Brände in Berlin

### Zufall oder Brandstiftung?

Berlin, 18. Sept. Brände, die rasch einen bedeutenden Umfang annehmen, folgen in Berlin jetzt so dicht, daß fast nicht mehr an eine zufällige Häufung der Ereignisse zu glauben ist. Heute früh gegen 7 Uhr ist ein gegenüber dem Kriminalgericht in Moabit liegendes großes Eckhaus von einem Dachstuhlbrennbrand heimgesucht worden, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Das Feuer hatte eine so große Gewalt, daß die Flammen bis 20 Meter hoch zum Himmel emporloderten.

Die Feuerwehr, die mit mehreren Bühnen erschienen war, hatte viele Stunden mit der Ablösung zu tun. Die Ausbreitung des Feuers wurde dadurch sehr gefördert, daß in einem Teil der Dachlammern die ausgetrockneten, sehr umfangreichen Akten des in dem Hause wohnenden Strafverteidigers Böhme-Wallau Bahn lagerten. Der weit hin sichtbare Brand hatte große Menschenmassen angelockt, so daß große Abscherrungen vorgenommen werden mußten. Im Laufe des Vormittags gerieten dann in der Kameruner Straße die umfangreichen Lagerplätze zweier Kohlenhandelsfirmen in Brand. Obwohl auf dem Grundstück seit den frühen Morgenstunden mehrere Arbeiter beschäftigt waren, wurde das Feuer erst verhältnismäßig spät entdeckt, und als die Feuerwehr mit vier Bühnen anrückte, war bereits ein großer Teil der auf dem Gelände stehenden Brennmaterialshäuser völlig vernichtet und die Wehr sah einem

**Chaos von brennenden Holz- und Kohlenstapeln** gegenüber, die eine ungeheure Höhe und einen Raum zu beschreiben Dualm entwideten. Der Brand rief unter der Bevölkerung große Aufregung hervor, da ein Übergreifen auf die angrenzenden Wohnhäuser nicht außer dem Bereich der Möglichkeit schien und durch Funkenflug immer neue Materialstapel sich entzündeten. Die Kriminalpolizei bat eine eingehende Untersuchung in die Wege geleitet.

### Der Grubenbrand in Kleinrosseln wüstet weiter

Saarbrücken, 18. Sept. Der unterirdische Brand in der Grube Kleinrosseln dauert unvermindert fort. Mittwoch trüb haben sich weitere Erschütterungen im Untergeschoss St. Charles bemerkbar gemacht, die vermutlich von weiteren Explosionen herrührten. Es ist unmöglich in die Stollen vorzudringen. Mit der Bergung der vermissten noch harthaft befindlichen Toten muß gewartet werden. Aus der Bergarbeitskraft des Saargebietes wird gemeldet, daß sich zu der benachbarten Grube Belsen giftige Gase bewe-

ben machen, die angeblich aus einem alten unbewohnten Stollen von Kleinrosseln aus dort eindringen. Die Gase sollen so stark austreten, daß die Ventilatoren der Grube Belsen sie kaum bewältigen können. Dem saarländischen Oberbergamt ist Meldung erlaubt worden, so daß die sofortige Einleitung einer Untersuchung zu erwarten ist.

### Professor Oberth auf der Suche nach dem Raketenstartplatz

Berlin, 18. Sept. Der bekannte Forcher Professor Oberth hat auf Gründ seiner Mitwirkung an einem neuen Film mit der Ws Verhandlungen gepflogen, die auf eine Verwirklichung seiner seit vielen Jahren aufgestellten und weiter verfolgten Theorien über die Möglichkeit eines Vorbringens in den Weltraum hinauzielten. Professor Oberth weilt augenblicklich in Berlin und ist mit dem Van einer Verluchskräfte so weit fortgeschritten, daß er sich nach einem geeigneten Platz für den Abschluß der ersten Rakete umsehen kann.

### Strafantrag gegen den Polizeipräsidenten von Altona

Die verhafteten Bombenattentäter nicht abhängig verhört

Heide, 18. Sept. Der Verteidiger des verhafteten Polizeihauptmanns a. D. Nuckles, Rechtsanwalt Kav, der auch den verhafteten Gastwirt Gengelau vertritt, führt in einem Schreiben an den Altonaer Oberstaatsanwalt Hechwerde darüber, daß seine Klienten nach der polizeilichen Festnahme nicht unverzüglich dem Richter vorgeführt worden seien, wie es § 128 der Strafprozeßordnung verlangt. Durch die siebentägige Verzögerung der Vorführung seien keine Klienten in ihrem Verteidigungsrecht erheblich beeinträchtigt worden. Da der Oberstaatsanwalt von sich aus gegen das gesetzwidrige Vorgehen der Polizeiorgane nicht eingehalten sei, stelle er seinerseits für seine Klienten Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gegen den Polizeipräsidenten von Eggerstedt in Altona, den Kriminalrat Weigel in Berlin sowie gegen diejenigen Personen, die der Mittäterschaft oder Beihilfe schuldig seien.

Der am vergangenen Sonntag in Verbindung mit der Bombenangriff verhaftete Landwirt Luhmann aus Klues bei Witten an der Ruhr ist aus der Haft entlassen worden, da er durch sein Alibi nachweisen konnte, an den Anschlägen nicht beteiligt gewesen zu sein. Aus Berlin sind wiederum einige Kriminalbeamte hier eingetroffen. Anschließend stehen noch weitere Verhaftungen bevor.